

LESERBRIEF

«Mother Earth Resources Fund»

Liebe Verantwortliche des Volksblattes und und liebe verantwortliche Erfinder des «Mother Earth Resources Fund».

Viele Leser des Berichtes (Artikel vom 6.5.2004) über die Lancierung des «Mother Earth Resources Fund» und die Ankündigung des Kongresses für «Natural Resources» überlegen sich, was das Ziel dieser Informationen und was der tatsächliche Nachrichtengehalt darin sein könnte?

Vielleicht fragt sich vor diesem Hintergrund ein Mensch, was die Ursache und die Folge dieser Art von Informationsgestaltung ist und was es für den «täglichen Zeitungsläser» bedeutet, diese Informationen tatsächlich als etwas neues zu bewerten?

Die Geschichte der Information «Verknappung der Ressourcen» hat z.B. schon einige Jahre auf dem Buckel: Meadows: «Die Grenzen des Wachstums» (1972), «Das globale Gleichgewicht» (1974), «The Global 2000 Report to the President» (1980), Herbert Gruhl: «Himmelfahrt ins Nichts. Der geplünderte Planet vor dem Ende» (1980), William H. Calvin: «Der Schritt aus der Kälte - Klimakatastrophen und die Entwicklung der menschlichen Intelligenz» (1997). Es könnte sich beim Lesen der Aussagen auch jemand fragen, was Auswirkungen sind, wenn es neben den schon tausendfach bestehenden Möglichkeiten noch eine weitere gibt, Geld anderen Menschen und deren Instrumenten zur Verfügung zu stellen, es damit von etwas anderem abzuziehen und diesem vorzuenthalten?

Dabei kann auch noch die Frage entstehen, was Menschen ganz grundsätzlich dazu bringen könnte sich selbst mittels Informationen, die nicht nur in den Zeitungen zu finden sind, über die Auswirkungen dieser Instrumente in unserem derzeitigen Geldsystem direkt und indirekt auf heutige gesellschaftliche Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit, soziale Spannungen und Umweltzerstörung aufzuklären. Viele Fragen, die vielleicht von niemandem gestellt werden und wenn ja, dann zu keiner Antwort führen, weil eine Antwort zu finden bedeutet, sich auf die Suche zu machen und wer hat in dieser Zeit die Ruhe, die Kraft und das Vertrauen Dinge verändern zu können?

Der oder vielleicht doch die (?) Leser/innen dieses Briefes, die dennoch Zeit und Lust haben zu suchen, werden viele Beispiele und Lösungen finden, wie einzelne oder sogar mehrere Generationen vor uns, in verschiedenen Ländern auf verschiedenen Kontinenten das verursachende Geldproblem (das von 99 Prozent der Regierenden und sonstigen Wirtschaftsexperten als nicht existent gesehen wird) gelöst haben.

Ich vertraue für die heutige und die kommenden Generationen auf den Mut und den Entdeckergeist, die in allen Menschen vorhanden sind. Mit herzlichen Grüßen
Stefan Kemnitzer, Ruggell

KOMPAKT

«Journalismus ist nicht der Reparaturbetrieb der Politik»

ST. GALLEN - An der Boulevardisierung der Politik sind nicht die Medien schuld, sondern die Politikerinnen und Politiker, die sich selbst inszenieren: Mathias Döpfner, Chef des deutschen Axel-Springer-Verlags, der die Boulevard-Zeitung «Bild» herausgibt, hat am ISC-Symposium die Medien verteidigt. Die Politisierung des Privaten sei nicht den Medien anzulasten, sagte Döpfner am Donnerstag in St. Gallen, sondern Politikern wie beispielsweise dem deutschen Aussenminister Joschka Fischer, der beim Joggen immer auch Journalisten mitschwitzen lasse. Döpfner diagnostizierte eine «ästhetische Stilkrise» der Politik.

Für die Medien, zumal für Boulevard-Zeitungen, sei es freilich «ein gefundenes Fressen», wenn sich Politiker aus Eitelkeit in die Öffentlichkeit drängen. Es sei aber nicht die Aufgabe der Medien, solche Politiker vor sich selbst zu schützen: «Der Journalismus ist nicht der Reparaturbetrieb der Politik», sagte Döpfner. (sda)

Lob von den Aktionären

Münchener BMW-Konzern will Produktoffensive fortsetzen

MÜNCHEN - BMW-Chef Helmut Panke will auch nach der bislang grössten Modelloffensive und neuen Rekordzahlen bei dem Münchner Autobauer noch mehr Gas geben.

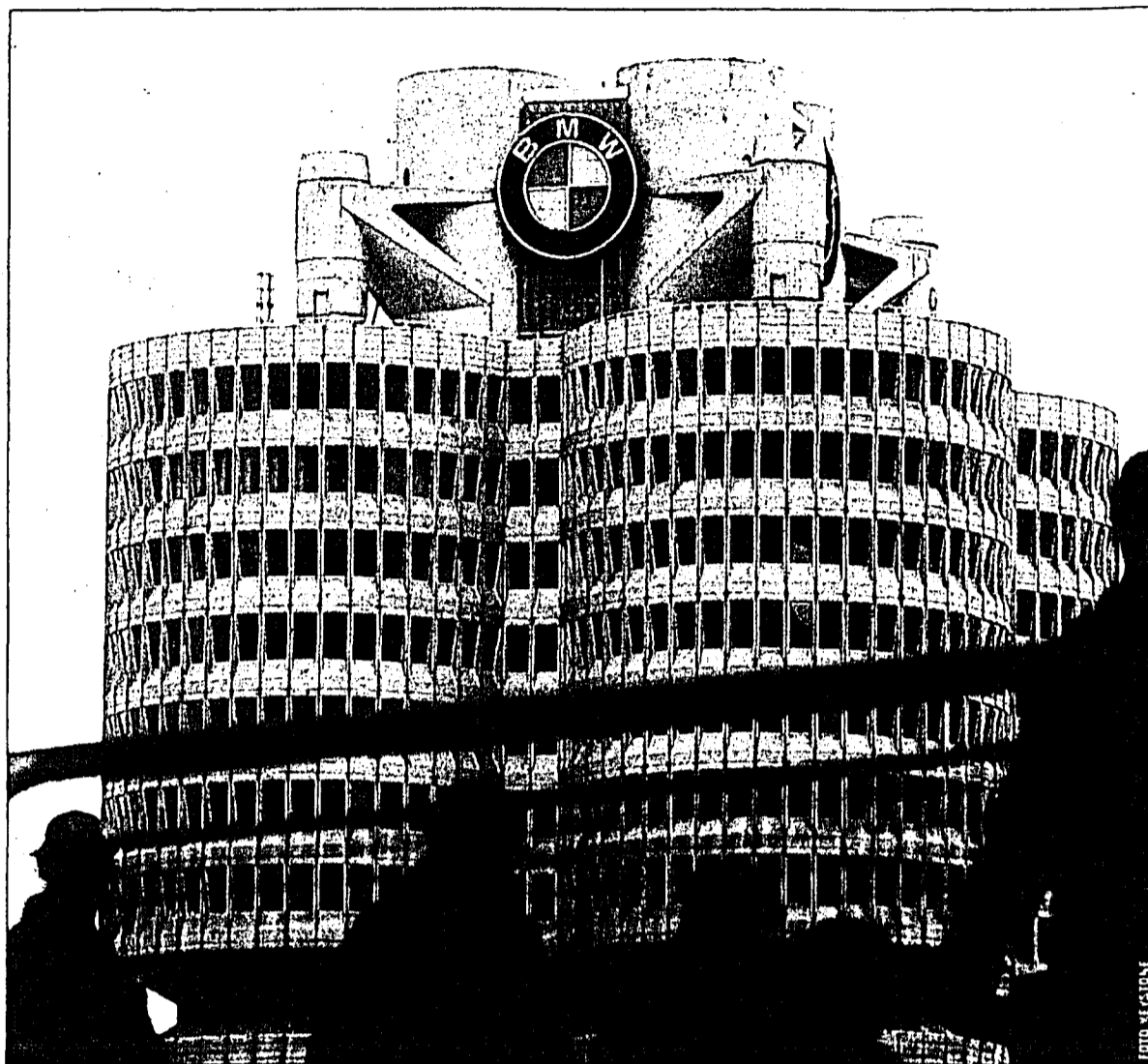
«Wir sehen weiterhin Potenziale für neue Fahrzeugkonzepte und die Eroberung neuer Märkte», betonte der Konzernchef bei der BMW-Hauptversammlung am Donnerstag in München. Panke versprach den Aktionären einen neuen Rekordgewinn: «Wir werden 2004 bei Absatz und Ergebnis neue Spitzenwerte erzielen.» Aktionärsvertreter lobten Pankes Kurs.

Stärker als zuvor

Der Vorstandschef betonte, BMW sei «alles andere als ein ausgezeigtes Unternehmen». Der Konzern mit den Marken BMW, Mini und Rolls Royce sei «in eine neue Grössenordnung vorgedrungen und heute in jeder Beziehung stärker als je zuvor», fügte er selbstbewusst hinzu. «Wir werden mit allen drei Marken neue Spitzenwerte beim Absatz erzielen und auch beim Ergebnis werden wir einen neuen Spitzenwert erreichen.» Im laufenden Jahr will die weissblaue Marke mit der 1er-Baureihe erstmals in die heiss umkämpfte Kompaktklasse einsteigen.

Erfolge ernten

Der Münchner Konzern beginne bereits die Erfolge von Erneuerung und Erweiterung seiner Produktpalette zu ernten. «Wir sind heute kein kleiner Nischenanbieter mehr, der im Schatten der Branchengrössen operiert», sagte Panke. «Wir sind heute eines der profitabelsten Unternehmen weltweit.» Im ersten Quartal lag der Konzerngewinn mit 523 Millionen Euro um 2,5 Prozent über dem Vorjahreswert, der Umsatz stieg um knapp fünf Prozent auf 10,8 Milliarden Euro. Allein im April lieferte der Konzern 10,4 Prozent mehr Fahrzeuge der Marken BMW, Mini und Rolls Royce aus, als im gleichen Monat des Vorjahrs.



Der Münchner BMW-Konzern will mit grösster Modelloffensive in der BMW-Geschichte neue Rekordzahlen.

Der BMW-Chef dankte ausdrücklich den Mitarbeitern für ihren Anteil am Erfolg: «Es gibt aus meiner Sicht kein Unternehmen, in dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Aufgaben mit einer so grossen Leidenschaft anpacken und zum Erfolg führen.»

Klasse Ergebnis

Aktionärsvertreter reagierten überwiegend mit Lob und Anerkennung auf die Arbeit des Vorstands: «Klasse Ergebnis 2003, vielversprechende Aussichten für 2004», sagte Daniela Bergdolt von der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW). «Danke für die gute Arbeit, machen Sie weiter so.» Allerdings müsse man sich ange-

sichts des boomenden Autogeschäfts fragen ob das «Standbeinchen» Motorradgeschäft noch zu BMW passe.

Der Vorsitzende der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger (SdK), Klaus Schneider, kritisierte jedoch, die Dividende bleibe trotz Anhebung um zwölf Prozent «unter unseren Erwartungen». Zugleich drückte er die Furcht aus, dass die neue 1er-Kompaktreihe zu Kannibalisierungseffekten innerhalb der BMW-Modellpalette führen könnte.

Anerkennung für Milberg

Schneider und Bergdolt lobten einhellig die Art und Weise, wie der ehemalige BMW-Chef Joachim

Milberg nach der Hauptversammlung an die Spitze des Aufsichtsrats wechseln soll.

Die von Milberg praktizierte Übergangsfrist von zwei Jahren als einfaches Aufsichtsratsmitglied nach Ausscheiden von der Vorstandsspitze sei ein Vorbild für viele andere Unternehmen, betonte Schneider.

Milberg, der nach dem Rover-Debakel Nachfolger vom jetzigen VW-Chef Bernd Pischetsrieder wurde, lenkte die Geschicke von BMW von 1999 bis 2002. Der 60-Jährige löst nun den bisherigen Aufsichtsratschef Volker Doppelhoff ab, der mit 69 Jahren kurz vor dem Erreichen der bei BMW üblichen Altersgrenze steht. (sda)

LAFV-GASTBEITRAG

Europas maroder Riese

Dr. Peter Keppeler, MSInvest-Due AGmvK

Die Wirtschaft im Euro-Bereich will im Vergleich zu den USA, Japan und Grossbritannien nicht so recht in Schwung kommen.

Die Wachstumsrate für das Euro-land wird nach den gegenwärtigen Prognosen 2004 1,6% betragen, für USA dagegen 4,7%, für Japan 3,3% und für Grossbritannien 3,2%. Die Ursache für das kranke Euro-land ist vor allem Deutschland: Die grösste Volkswirtschaft in der EU hat die geringsten Wachstumsaussichten, nach neusten Prognosen noch 1,5%. Ein wichtiges Potential für weiteres Wachstum wäre in Deutschland dagegen reichlich vorhanden, die Arbeitslosenrate ist im April auf 10,4% gestiegen.

Im Frühjahr letzten Jahres hat Kanzler Schröder seine Reformprogrammagenda 2010 lanciert. Er hat dazu wie einst der «grosse Vorsitzende» Mao ein rotes Büchlein veröffentlicht, angeblich immerhin in einer Auflage von 6 Millionen Exemplaren. Die internationalen Kommentare waren eher positiv.

Das Reformprogramm sah die wichtigsten Ursachen der deutschen Wachstumsschwäche richtig: Deutschland hat die höchsten Steuern in Europa, und der Arbeitsmarkt ist wegen der zahllosen arbeitsrechtlichen Vorschriften völlig unflexibel. Dazu kommen noch die zu hohen Zinsen. Die Europäische Zentralbank ist wegen der eher hohen Inflation in einigen Euroländern gegen eine Senkung der Leitlinien. Darunter leidet vor allem Deutschland, das eine der niedrigsten Inflationsraten der Euroländer ausweist.

Entsprechend sieht die Agenda 2010 Steuersenkungen und einige Lockerungen im Arbeitsrecht vor. Die Steuersenkungen sind ein wichtiger Grund für das faktische Ende des europäischen Stabilitätspaktes, der von drei grossen Ländern, nämlich Deutschland, Frankreich und Italien, nicht mehr eingehalten wird. Die Budgetdefizite dieser Länder werden in Zukunft deutlich mehr als 3% des Sozialprodukts betragen. Die sollte eigentlich die Wirtschaft ankurbeln.

Im Herbst gab es auch erste positive Anzeichen auf dem Arbeitsmarkt. Heute ist aber davon in Deutschland nicht mehr viel zu merken. Die Arbeitslosenzahlen nehmen weiter zu. Gemäss einer Umfrage des Düsseldorfer Handelsblatts bei 3500 Firmenchefs, erklärten 75%, sie hätten von den Reformmassnahmen im ersten Quartal 2004 überhaupt nichts bemerkt. 15% der Befragten erklärten gar, die Auswirkungen seien negativ. Das Resultat mag davon beeinflusst sein, dass die Befragten mehrheitlich kaum zu den Schröder-Wählern gehören, aber ermutigend bleibt es auch so. Der Präsident der deutschen Industrie- und Handelskammer blies ins gleiche Horn, wenn er den Unternehmen riet, nicht auf Reformen in Deutschland zu warten, sondern in den neuen EU-Beitrittsländern zu investieren.

Bei den arbeitsrechtlichen Vorschriften wird vor allem beklagt, dass trotz der Lockerungen Kündigungen immer noch ein äusserst mühsames Unterfangen bleiben.

Ausserdem gibt es die Vorschrift, dass in Unternehmen mit mehr als fünf Mitarbeitern ein Betriebsrat eingerichtet werden muss, wenn dies die Mitarbeiter wünschen. Dieser Betriebsrat wurde in Zeiten des deutschen Wirtschaftswunders begründet, weil er die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften verbesserte. Heute bremsen er wegen der weitreichenden Mitbestimmungskompetenzen Neugründungen von Firmen.

Für die Schweiz und Liechtenstein, beide sehr exportorientiert, sind damit die Aussichten ebenfalls gedämpft, denn der wichtigste Exportmarkt für die Schweiz ist Deutschland, für Liechtenstein zwar die USA, aber auf den nächsten Plätzen folgen die Schweiz und Deutschland.

Beitrag von Dr. Peter Keppeler von der MSInvest-Due AGmvK.

Die alleinige inhaltliche Verantwortung für diesen Beitrag liegt beim Verfasser.